



Freie und Hansestadt Hamburg

Lehrerkammer Hamburg

27.03.14

Stellungnahme der Lehrerkammer zur Volksinitiative „G9-jetzt-HH“

„So nicht!“ meint die Lehrerkammer zu diesem Thema.

*Ein Eingriff in die Schulstruktur Hamburgs bedarf gründlicher Überlegungen. Dies braucht Zeit. Genau diese Zeit gewährt der Antrag der Initiative nicht. **Die Lehrerkammer lehnt deshalb jegliche überstürzte Einführung von G9 ab.***

Die Lehrerkammer lehnt die Vorschläge der Volksinitiative „G9-jetzt-HH“ zum Vorgehen der Wiedereinführung deutlich ab. Sie sind weder praktikabel noch schülerfreundlich, ignorieren die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte, die sie erzeugen, und führen zu Chaos, welches das Lernen erschwert. Die Lehrerkammer sieht in den Bestrebungen der Initiative einen Ausdruck der Spannungen und Ängste bestimmter Bevölkerungsschichten und ein Warnzeichen vor einer zunehmenden sozialen Spaltung der Stadt.

Die Initiative fordert ein Wahlrecht für alle Schülerinnen und Schüler der Gymnasien. Dies ist in mehrfacher Hinsicht problematisch:

- 1) Bestehende Klassenverbände würden willkürlich auseinander gerissen. Dies kann man nicht als schülerInnenfreundlich bezeichnen!
- 2) Die Anteile der zukünftigen G8- und G9-SchülerInnen werden nicht genau die Sollfrequenzen der Klassen treffen. Dies wird zu teils zu großen, teils zu kleinen Klassen führen:
 - Überfüllte Klassen sind weder für SchülerInnen noch für LehrerInnen gut.
 - Zu kleine Klassen kosten erhebliches Geld und bedeuten entweder unbezahlte Überstunden für viele KollegInnen oder ein Abziehen von Ressourcen aus anderen, wichtigen Bereichen des Schulwesens, z. B. der Inklusion.
- 3) Der unplanbare Wahlprozess torpediert den Schulbau in Hamburg insgesamt. Wichtige Bauvorhaben könnten auf Jahre hinaus nicht umgesetzt werden.

Die Wiedereinführung von G9 bedeutet erneut einen tiefen Eingriff in die Schulstruktur, der die KollegInnen erheblich belasten wird – SchülerInnen und Eltern genauso. Eine tragfähige Diskussion mit allen Betroffenen, auch allen Schulformen, ist nötig

Was wir brauchen, ist eine inhaltliche Auseinandersetzung über Schulstrukturen und das Zusammenleben in unserer Stadt unter allen Hamburger Bürgern, und keine überhastete Einführung eines vermeintlich schülerfreundlichen Modells.